

Inklusion

POSITIONSPAPIER DES DEPARTMENTS HEILPÄDAGOGIK UND REHABILITATION



KONTAKT

Prof. Dr. Markus Dederich
Universität zu Köln
Humanwissenschaftliche Fakultät
Departmentleitung Heilpädagogik
Frangenheimstrasse 4
50931 Köln
tel: 0221 - 470 5779
fax: 0221 - 470 5953
mail: hp-department@hf.uni-koeln.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Humanwissenschaftliche Fakultät
Department Heilpädagogik
und Rehabilitation
Frangenheimstrasse 4
50931 Köln

Redaktion

Benjamin Badstieber
Prof. Dr. Markus Dederich
Michaela Naumann
Dr. Sandra Neumann
Prof. Dr. Philipp Walkenhorst
Mara Wittenhorst

Gestaltung

Ulrike Kersting

Bildnachweise

© Marco2811 - Fotolia.com (Titelbild)
Helmar Mildner (Panoramabild Seite 2)
Peter Butterly (Gruppenbild Seite 3)

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL

INKLUSION UND BEHINDERUNG

POSITION DES DEPARTMENTS

ALLGEMEIN

LEHRE

FORSCHUNG

POLITIK

SCHLUSSFOLGERUNGEN





Das Department Heilpädagogik und Rehabilitation befasst sich in Forschung und Lehre mit Lebenssituationen von Menschen mit Behinderung und Menschen in prekären und benachteiligenden Lebenslagen, entwickelt Maßnahmen und Modelle der Erziehung und Bildung, Prävention, Therapie und Rehabilitation behinderter und benachteiligter Menschen und qualifiziert Fachkräfte in schulischen und außerschulischen Handlungsfeldern entsprechend.

In Hinblick auf die Inklusionsdebatte legen die Mitarbeiter*innen folgendes Positionspapier vor.

Präambel

Die in Deutschland 2009 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) fordert vor dem Hintergrund historischer Unrechtserfahrungen von Menschen mit Behinderungen eine auf Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und Gleichberechtigung beruhende Inklusion aller Menschen ein. Die Formulierung von Menschenrechten kann als Versuch verstanden werden, die Idee der Menschenwürde in grundlegende und nicht entziehbare Rechte zu übersetzen. Diese Rechte haben Menschen gegenüber der öffentlichen bzw. staatlichen Gewalt und dem jeweils existierenden positiven Recht. In diesem Sinn ist die BRK keine Konvention, die Sonderrechte für Menschen mit Behinderungen formuliert, sondern eine Konkretisierung der unteilbaren Menschenrechte.

Durch den Beitritt zur Konvention ist die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtungen eingegangen, die nicht nur die Heil- und Sonderpädagogik, sondern auch das Bildungssystem, den sozialen Sektor und die Gesellschaft insgesamt vor neue Herausforderungen und Aufgaben stellen.

Mit vorliegendem Papier möchte sich das Department in die vielstimmige und kontrovers geführte Debatte um die konzeptionellen Grundlagen und Wege der Umsetzung der Inklusion einbringen und positionieren.

Grundsätzlich unterstützt das Department die Ermöglichung der Wahrnehmung der Menschenrechte für Menschen mit Behinderung und in erschwerten Lebenslagen. Es fühlt sich insbesondere dem Recht auf inklusive Bildung aller Menschen verpflichtet und möchte einen Beitrag zur Verwirklichung des Anspruchs auf Nichtdiskriminierung und gleichberechtigte Anerkennung leisten. Ebenso sieht es eine besondere Verantwortung dafür, gemeinsam mit den Betroffenen Wege der Partizipation zu entdecken, zu entwickeln und zu ermöglichen.

Das Department sieht sich darüber hinaus in der Verpflichtung, durch Lehre, Forschung und politisches Engagement alle individuellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu thematisieren und zu problematisieren, welche zu Beeinträchtigung und ungerechtfertigten Benachteiligung und Exklusion beitragen.

Inklusion und Behinderung

Inklusion als Idee ist ein individual- und sozialetisch begründetes pädagogisches und soziales Leitkonzept, das auf der Wertschätzung der Vielfalt menschlichen Seins beruht. Es problematisiert die Existenz von Sonderinstitutionen und möchte durch strukturelle und konzeptionelle Veränderungen Etikettierungen, Stigmatisierungen und Benachteiligungen überwinden. Ferner will es allen Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen, einen gleichberechtigten Zugang zu den regulären Institutionen der Gesellschaft sowie Teilhabe an allen Lebensbereichen ermöglichen.

Inklusion als Idee beinhaltet auch, fundamentale Werthaltungen zu prüfen und in Richtung einer tatsächlichen Wertschätzung von Vielfalt zu verändern. Die so verstandene Inklusion ist eine Idealvorstellung, die stets nur in unterschiedlichen Graden der Annäherung realisiert werden kann.

Zentral für die Idee der Inklusion ist ihre Unteilbarkeit. Demnach gibt es keine Grenzen der Inklusion, die durch individuelle Eigenschaften, Dispositionen oder Merkmale begründet werden können. Das bedeutet: Inklusion schließt die Vorstellung aus, es gebe Individuen, die nicht ‚inkludierbar‘ sind (der sogenannte ‚harte Kern‘).

Obwohl das dargelegte Verständnis von Inklusion umfassend auf alle Menschen bezogen ist, hat das Department aufgrund seiner disziplinären Ausrichtung insbesondere den Personenkreis von Menschen mit Behinderungen im Blick. Im Hintergrund der nachfolgend dargelegten Aspekte steht ein ‚relationales Modell‘ von Behinderung. Der Begriff der Behinderung meint keine Eigenschaft von Individuen mit spezifischen Störungen oder Beeinträchtigungen. Vielmehr muss der Mensch immer in einem sozialen und gesellschaftlichen Kontext gesehen werden, aus dessen Eigenschaften der Sachverhalt hervorgeht, der als Behinderung bezeichnet wird.

Dazu gehören u.a. Menschen mit geistigen, körperlichen, sprachlichen und sozial-emotionalen Beeinträchtigungen, Menschen mit Beeinträchtigungen des Lernens, mit Sinnes- und altersbedingten Beeinträchtigungen sowie Menschen in Armuts- und anderen prekären Lebenslagen.



Position des Departments

ALLGEMEIN

Die Umsetzung und Gestaltung der Inklusion erfordert einen sachlichen und konstruktiven gesellschaftlichen Dialog, der tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringt.

Das Department setzt sich für die Schaffung und Erhaltung von Bedingungen für die bestmögliche individuelle und soziale Entwicklung von Menschen über die gesamte Lebensspanne ein. Inklusion zu befürworten heißt nicht, dass spezialisierte Hilfen und entsprechende Institutionen abzulehnen sind. Es bedarf einer Vielfalt der Systeme, die im schulischen wie im außerschulischen Bereich entsprechend – möglichst frei wählbare – zielführende institutionelle Lösungen anbietet. Zugleich hält es das Department für notwendig, die vorherrschende Verknüpfung von spezialisierter Hilfe und institutioneller Verbesonderung kritisch zu hinterfragen. Insofern erfordert die Orientierung an der Leitidee der Inklusion eine tiefgreifende Veränderung des Bildungs- und Hilfesystems insgesamt, als dessen Teil sich das Department sieht. Das Department sieht die gegenwärtige Diskussion um bestmögliche Strategien inklusiver Bildung insbesondere im schulischen Bereich daher als einen notwendigen, jedoch die Menschenrechte bei weitem nicht vollständig abdeckenden Teilaspekt der Inklusionsdebatte.

LEHRE

Die Lehre im Department ist den in der Präambel formulierten Werten und Grundrechten verpflichtet. Sie orientiert sich an zwei Maximen: der Nichtdiskriminierung sowie der Schaffung und Aufrechterhaltung von Bedingungen der Möglichkeit weitgehender gesellschaftlicher Teilhabe.

Auf dieser Grundlage sieht sich das Department in der Pflicht, diesbezüglich

- a) pädagogisch-ethische Haltungen und fachspezifische Expertise zu vermitteln und
- b) substanzielle und forschungsbasierte Beiträge zur Entwicklung inhaltlicher Konzeptionen zu leisten; einzubeziehen sind dabei methodische Vermittlungs- und Umsetzungskonzepte, Forschungsmethoden und Evaluationsansätzen sowie strukturelle Rahmenbedingungen einer inklusionsorientierten Pädagogik und inklusiver Unterstützungssysteme.

Daraus ergeben sich Ableitungen und Schlussfolgerungen für schulische und außerschulische pädagogische Handlungsfelder.

Für die Lehrer*innenbildung ist es daher in Zukunft unabdingbar, Bedingungen einer sich in Richtung Inklusion entwickelnden Schullandschaft zu berücksichtigen. So müssen angehende Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen einschließlich des Gymnasiums mit dem Unterrichten in heterogenen Lerngruppen und mit Grundlagen der sonderpädagogischen Förderung vertraut gemacht werden. Dies setzt die Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen Konzeption der Lehrer*innenbildung von Sonderpädagogik, Allgemeiner Pädagogik und Fachdidaktik und entsprechender Studienstrukturen voraus. Zugleich ist eine Sicherung und Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Expertise aller Fachrichtungen unerlässlich, um der heterogenen Schülerschaft mit hinreichender Professionalität und auf der Basis fachlicher Standards gerecht zu werden.

Für das Studium im außerschulischen Bereich folgt aus den beiden Maximen: Es werden Inhalte vermittelt, die vorliegende und noch zu entwickelnde Konzeptionen einer an den Menschenrechten und damit auch inklusiven Leitideen orientierten Begleitung und Bildung von Menschen mit Behinderungen und in erschwerten bzw. behindernden Lebenslagen berücksichtigen. Dies gilt für alle außerschulischen Lebensbereiche und pädagogischen Handlungsfelder über die gesamte Lebensspanne hinweg.

Insgesamt sind Lehre und Studium am Department inhaltlich, methodisch und strukturell zu überprüfen und in Richtung einer inklusiven Kultur auszugestalten. Dies hat unter systematischer Berücksichtigung der jeweiligen fachspezifischen Erkenntnisse zu erfolgen.

Erforderlich ist ebenso die Einrichtung eines Angebotes inklusionsorientierter Fort- und Weiterbildungen von Pädagog*innen (Absolvent*innen und Mitarbeiter*innen) im Sinne lebenslangen Lernens.

FORSCHUNG

Forschung wird nicht allein um des Wissens willen betrieben, sondern auch mit Blick auf relevante Fragestellungen und Probleme der gesellschaftlichen Praxis. Das Department sieht es als eine seiner zentralen Aufgaben, die Weiterentwicklung und Umsetzung der Inklusion wissenschaftlich durch internationale, inter- und transdisziplinär ausgerichtete, grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung zu begleiten. Dies umfasst Projekte im Sinne einer empirischen Inklusionsforschung sowie theoretische Studien. Diese Forschung erfolgt mit dem Ziel, einerseits historisch und kulturell bedingte Denkbegrenzungen zu überwinden und andererseits die Frage nach der Umsetzbarkeit der Inklusion immer kritisch-konstruktiv zu überprüfen. Insofern geht es um eine Klärung der Bedingungen der Möglichkeit von Inklusion sowie um die fachwissenschaftlich differenzierte Diskussion des Inklusionsparadigmas und seiner Auswirkungen für die Praxis.

Bei der Konzipierung von Forschungsprojekten ist stets die Möglichkeit partizipativer Forschung zu bedenken. Das Department engagiert sich für den Einbezug und die Beteiligung der betroffenen Menschen in die Forschung, die sie selbst und ihr Leben betrifft.

Hier schließt die normativ an den Menschenrechten orientierte kritisch-konstruktive Begleitung des öffentlich-politischen Diskussionsprozesses und Einmischung in die gesellschaftlichen Diskurse an.

POLITIK

Inklusion ist nicht nur ein fachwissenschaftliches Thema, sondern ebenso ein Thema mit erheblicher politischer Bedeutung und Auswirkungen im gesellschaftspolitischen Raum. Mit Sorge nimmt das Department exkludierende und antidemokratische gesellschaftliche Tendenzen und die nach wie vor existierende Marginalisierung von Menschen mit Behinderungen und in erschwerten bzw. behindernden Lebenslagen zur Kenntnis. Daher stellt sich die Aufgabe der Einmischung in entsprechende gesellschaftliche Diskurse.

Das Department ist sich der Tatsache bewusst, dass sein Denken und Handeln eine öffentlich-politische Dimension hat und für politische Entscheidungsprozesse Relevanz besitzt.

Bei der Umsetzung der Inklusion kommt Kontextfaktoren eine zentrale Bedeutung zu. Die Gewährleistung und Bereitstellung der für das Gelingen der Inklusion erforderlichen Rahmenbedingungen und Ressourcen ist eine zentrale politische Dimension.

Daher ist es nicht nur Aufgabe des Departments, diese Rahmenbedingungen und Ressourcen zu erforschen und Qualitätsstandards für die Inklusion zu entwickeln und zu begründen. Es wird sich auch dafür einsetzen, dass diese politisch bereitgestellt werden. Insbesondere gilt es zu verhindern, dass es zu einer Ökonomisierung der Inklusionsdebatte und zu Qualitätseinbußen heilpädagogischer Hilfen sowie schulischer und außerschulischer Bildung kommt. Qualitativ hochwertige Bildung für alle muss gewährleistet werden. Inklusion als ‚Sparprogramm‘ ist weder im schulischen noch im außerschulischen Kontext akzeptabel – Menschenrechte sind ökonomisch nicht verhandelbar.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Universitäten sind in das Gesamt des Bildungssystems eingebundene Bildungsinstitutionen. Insofern kommt Universitäten aufgrund ihrer Forschung und ihrer Bildungsfunktion für zukünftige kulturtragende Mitglieder unserer Gesellschaft eine besondere Verantwortung zu. Im Bewusstsein dieser Verantwortung setzen sich die Mitglieder des Departments für die Entwicklung von inklusiven, menschenrechtsbasierten Konzepten von Bildung und Teilhabe aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen ein.

Das Department strebt an, seine Expertise in alle gesellschaftlich relevanten Felder und Institutionen einzubringen und einen der Komplexität der Thematik angemessenen Beitrag zur Versachlichung der Debatte zu leisten.

Kritisch-konstruktiv und eingedenk der Tatsache, dass sie selbst in die Herstellung und Aufrechterhaltung von Besonderung involviert sind, beleuchten und diskutieren die Mitglieder des Departments gemeinsam mit den Beteiligten Orte und Formen exkludierender Behandlung von Menschen ebenso wie die Möglichkeiten der Teilhabe, Mitwirkung und (Re-)Integration in allen außerschulischen Lebens- und Aktionsbereichen.



Dieses Positionspapier entstand auf der Grundlage von vier internen Arbeitstagen (12/2012 - 05/2014) zur Inklusion.



dhr.hf.uni-koeln.de

